

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

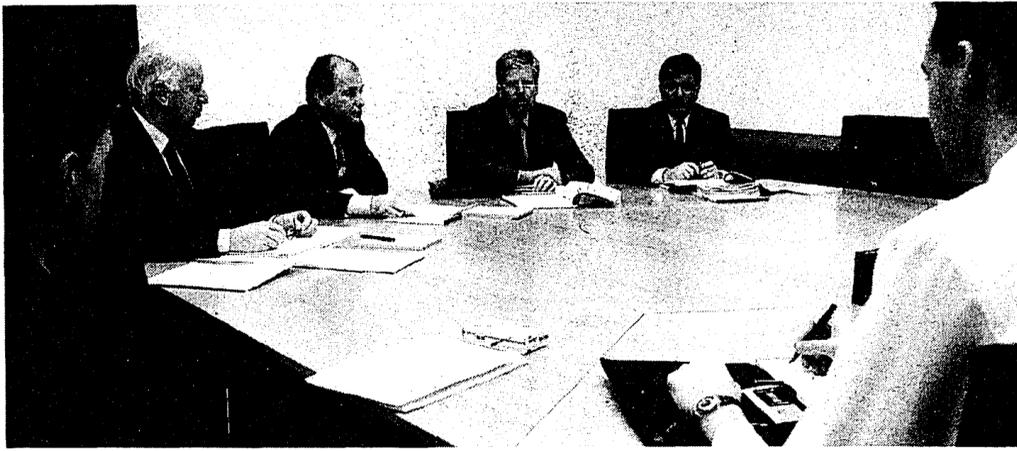
## Offene Fragen im Beziehungsfeld zwischen der Schweiz und Liechtenstein

Information der Regierung über die Gespräche mit der Schweiz über die Abänderung des Zollvertrages und über Stand des EWR-Abkommens

(G.M.) – Die Gespräche zwischen der Schweiz und Liechtenstein über die Änderung des Zollvertrages, die sich im Gefolge der unterschiedlichen EWR-Abstimmungen aufdrängt, haben nach Regierungschef Hans Brunhart gezeigt, dass das komplexe Beziehungsfeld zwischen beiden Ländern viele Fragen aufwirft, dass aber Lösungen möglich sind. Der Regierungschef informierte am Mittwochabend mit Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, Botschafter Prinz Nikolaus, dem EWR-Delegationsleiter, sowie Botschafter Dr. Benno Beck, Leiter des Amtes für Volkswirtschaft, über den Stand der zwischenstaatlichen Gespräche.

Zwischen der Schweiz und Liechtenstein sind wenige Tage nach dem liechtensteinischen EWR-Beitrittsentscheid Expertengespräche zur Sichtung und Auflistung der sich ergebenden Probleme aus dem unterschiedlichen Abstimmungsergebnis aufgenommen worden. Die Arbeitsgruppen auf beiden Seiten haben nach Auskunft von Regierungschef Hans Brunhart in der Zwischenzeit ihre Arbeit fortgesetzt. Die Zielsetzung dieser Expertenabklärungen bestand nach seinen Worten einerseits in einer Problemanalyse und andererseits in der Suche nach Modellen, die es dem Fürstentum Liechtenstein ermöglichen sollten, unter Beibehaltung der offenen Grenzen zur Schweiz dem EWR anzugehören.

Der liechtensteinische EWR-Delegationsleiter, Prinz Nikolaus, erklärte zur



Information über die Zollvertragsverhandlungen mit der Schweiz: Am Mittwochabend gaben (von links) Dr. Benno Beck, Regierungschef Hans Brunhart, Botschafter Prinz Nikolaus und Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille Auskunft über den Stand der Verhandlungen. (Bild: Roland Korner)

Frage des Inkrafttretens des EWR-Abkommens, dass eine Regelung mit den EWR-Ländern gefunden worden sei, die einen EWR-Beitritt Liechtensteins zu einem späteren Zeitpunkt möglich mache. Voraussetzung für den EWR-Beitritt Liechtensteins ist nach seinen Ausführungen, dass die Regionalunion zwischen der Schweiz und Liechtenstein das gute Funktionieren des EWR-Abkommens nicht gefährde und dass die in der Zwischenzeit allenfalls getroffenen Massnahmen des EWR-Rates auch auf

Liechtenstein anwendbar gemacht werden. Aus den Erklärungen an der Pressekonferenz ging hervor, dass Liechtenstein bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des EWR-Abkommens am 1. Juli 1993 nicht bereit sein wird. Überprüft wird nach Angaben von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille die Frage der Volksabstimmung über die Änderung des Zollvertrages.

In den bisherigen Expertengesprächen stand nach den Worten von Botschafter

Dr. Benno Beck die Frage des Warenverkehrs im Vordergrund. Er bezeichnete den freien Warenverkehr als wichtigsten Bereich, der mit der Schweiz gelöst werden müsse. Aber auch andere Bereiche, wie etwa der freie Personenverkehr oder der freie Dienstleistungs- und Kapitalverkehr würden noch Gegenstand der Expertengespräche bilden. Er betonte jedoch, dass die derzeitigen Gespräche noch rein exploratorischen Charakter hätten, um herauszufinden, wo die Probleme lägen.

## Erstes Gespräch zwischen FDP und VU

Die FDP und die VU haben die Gespräche über die Bildung einer Koalitionsregierung aufgenommen. Über die erste Kontaktaufnahme wurde das nachfolgende Communiqué veröffentlicht.

Am Dienstag, 2. März 1993, trafen sich Delegationen beider Parteien um 18 Uhr im Regierungsgebäude zu einem ersten Koalitionsgespräch. Die FDP entsandte die Herren Josef Biedermann, Markus Büchel, Dr. Hansjörg Marxer und Dr. Ernst Walch. Von Seiten der VU nahmen Frau Alice Fehr sowie die Herren Oswald Kranz, Reinhard Walser und Dr. Peter Wolf am Gespräch teil.

In dieser ersten Sitzung wurden die Grundpositionen der beiden Parteien erläutert. Beide Delegationen haben sich grundsätzlich für eine Zusammenarbeit zwischen FDP und VU ausgesprochen. Ferner wurden neue Koalitionsmodelle angediskutiert. Die beiden Delegationen haben sich auf ein weiteres Gespräch am Dienstag, den 9. März 1993 geeinigt.

## Der 1. August soll Feiertag werden

Bern (AP) Der 1. August soll in der ganzen Schweiz ein arbeitsfreier Feiertag bei vollem Lohn werden. In diesem Sinne stellte sich der Nationalrat am Mittwoch mit 62 zu zwei Stimmen hinter die im Oktober 1990 eingereichte Volksinitiative der Schweizer Demokraten «für einen arbeitsfreien Bundesfeiertag».

Auf die im Unfrieden ausgegangene Wahlsitzung anspielend, sagte Bundesrat Flavio Cotti, es sei wohl nicht ohne Symbolkraft, dass der Nationalrat sich heute mit der Frage des Nationalfeiertages befasse. Der Bundesrat betrachte den 1. August vorab als Gelegenheit, über die «raison d'être» dieses Landes und dessen Einheit nachzudenken. Alle Fraktionen stellten sich hinter den Antrag des Bundesrats und der Kommission, wonach die 1.-August-Initiative dem Volk zur Annahme empfohlen werden soll. Der wirtschaftliche Aspekt der Lohnzahlungspflicht wurde von den Sprechern der FDP und der Auto-Partei angesprochen, während die SP-Fraktion die Auffassung vertrat, auch der 1. Mai wäre zum nationalen Ruhetag bei vollem Lohn zu erklären.

Nach der Unterstützung der Initiative schrieb der Nationalrat die gleichlautende parlamentarische Initiative von Markus Ruf (SD/BE) als erledigt ab. Mit der Volksinitiative muss sich nun noch der Ständerat befassen, bevor Volk und Stände definitiv über die Einführung des arbeitsfreien Bundesfeiertags entscheiden können.

## Abstimmung wegen Bodenkauf

Vaduzer Stimmberechtigte haben erneut über Grundstück zu entscheiden

(G.M.) – Am Abstimmungswochenende haben die Vaduzer Stimmberechtigten auch über einen Bodenkauf der Gemeinde zu entscheiden. Der Gemeinderat hatte dem Kauf der Liegenschaft im «Mühlhölzli» mehrheitlich zugestimmt, doch ein Komitee unter der Führung der Gemeinderäte Werner Hemmerle und Dr. Rainer Ospelt ergriff das Referendum gegen diesen Bodenkauf. Die letzte Entscheidung liegt damit bei den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern.

Der Kaufpreis von 3000 Fr. pro Klatfer bildete wie beim Referendum gegen den Kauf des Wimag-Areals, dessen Kauf im vergangenen November von den Stimmberechtigten abgelehnt wurde, den Hauptgrund für den Widerstand gegen den Gemeinderatsbeschluss. In einer Informationsschrift an die Stimmberechtigten legte Bürgermeister Arthur Konrad dar, weshalb die Gemeinde Vaduz am Kauf des Grundstücks interessiert sein sollte. In der gleichen Schrift geben die Gegner des Kaufs ihre Bedenken «zu diesem Bodenkauf zu diesen

Konditionen» kund und verweisen auf die Erfahrungen aus dem abgelehnten Wimag-Entscheid. Bürgermeister Arthur Konrad gibt zu bedenken, dass die Gemeinde bereits ein Grundstück in unmittelbarer Nähe besitzt, so dass ein Tausch zur Arrondierung möglich wäre. Die Gegner hingegen fordern, dass solche mündlichen Zusagen eines Privatigentümers mit einem Vorvertrag abgesichert sein sollten.

Während der Bürgermeister den Kaufpreis anhand der vorliegenden Schätzungen verteidigt, geben die Gegner zu bedenken, dass «ein realistischer Marktpreis weit unter dem Angebot der Gemeinde liegt». Sie unterstreichen ausserdem, dass sie nichts gegen Bodenkäufe der Gemeinde einzuwenden hätten, doch müssten der Preis und die Konditionen vernünftig sein.

Bürgermeister Arthur Konrad ersucht die Stimmberechtigten, den Bodenkauf zu unterstützen, da mit dem Erwerb dieser Parzelle eine «richtige und wichtige Entscheidung für die weitere Zukunft» getroffen werde.

## Offene Situation nach Matthey-Wahl

Matthey zum Bundesrat gewählt – Wahl nicht angenommen

Bern (AP) Nach einem turbulenten Wahltag ist die Nachfolge von René Felber im Bundesrat noch immer offen. Francis Matthey wurde zwar im zweiten Wahlgang von der Bundesversammlung gewählt, akzeptierte die Wahl zunächst aber nicht. Das gesamte Wahlgeschäft wurde auf den kommenden Mittwoch vertagt. Die offizielle SP-Kandidatin Christiane Brunner lag in beiden Umgängen zurück.

Nach fast anderthalbstündiger Unterbrechung der Wahlsitzung gab der als Bundesrat gewählte Matthey gegen 10.30 Uhr vor der Bundesversammlung bekannt, dass die SP-Fraktion mit seinem Einverständnis vor dem Entscheid über die Annahme der Wahl eine Bedenkzeit beantrage. Nationalratspräsident Paul Schmidhalter (CVP/VS) ordnete in der Folge eine weitere Unterbrechung der Sitzung an. Um 11.30 beschloss die Bundesversammlung dann auf Antrag der Koordinationskonferenz und der SP-Fraktion, das Wahlgeschäft auf den kommenden 10. März zu vertagen. Matthey könnte auch dann noch die Annahme der Wahl erklären.

Der 51jährige Sozialdemokrat Matthey erreichte im zweiten Wahlgang 130 Stimmen und lag damit acht Stimmen über dem absoluten Mehr von 122 Stimmen. Auf die offizielle SP-Kandidatin Brunner entfielen lediglich 108 Stimmen. Vier Stimmen erhielten verschiedene Kandidaten. Bereits im ersten Wahlgang erzielte Matthey mit 117 Stimmen das beste Resultat. Er verpasste damit das absolute Mehr nur um drei Stimmen. Christiane Brunner vereinigte im ersten Wahlgang bloss 101 Stimmen auf sich.

Der als Bundesrat gewählte Neuenburger Nationalrat Francis Matthey zeigte Verständnis für den Vertagungsantrag seiner Partei. Allerdings hoffe er, dass er seine Partei im Bundesrat repräsentieren werden könne, sagte er in einem Interview des Deutschschweizer Fernsehens DRS. Er möchte jetzt einige Tage abwarten, bis sich die Dinge ein wenig gesetzt hätten, statt die Wahl jetzt anzunehmen und innerhalb der Partei Schwierigkeiten zu verursachen.

Mehr über die Bundesratswahl auf Seite 15.

## Die Kirchenrenovation steht im Mittelpunkt

Das Budget 1993 von Triesen

Laut Voranschlag plant die Gemeinde Triesen in diesem Jahr Nettoinvestitionen in Höhe von insgesamt 4,9 Mio. Franken. Der Handlungsspielraum im Investitionsbereich wird insofern eingeschränkt, als der laufende Um- und Ausbau der Pfarrkirche 1993 noch mit Aufwendungen von 3,2 Mio. Franken zu Buche steht. Der Gemeinderat hat sich daher bemüht, in anderen Bereichen durch Kürzungen und Verschiebungen von Projekten zu sparen, um den Zielsetzungen nach einem möglichst hohen Eigenfinanzierungsgrad treu zu bleiben.

Für Tiefbauten wurden heuer 2,2 Mio. Franken brutto budgetiert, wobei die Fertigstellung eines Regenklärbeckens am stärksten ins Gewicht fällt.

(Einzelheiten zum Budget 1993 von Triesen auf Seite 5 dieser Ausgabe.)



Für den Um- und Ausbau der Pfarrkirche hat die Gemeinde Triesen in diesem Jahr noch Aufwendungen von 3,2 Mio. Franken budgetiert.

RENOMMIERTESTEN  
ZWANZIG DER WELTWEIT  
SCHWEIZER MARKENFÜHREN

huber

SWISS MADE  
Schaffhausen  
1845

PATEK PHILIPPE  
GENEVE

STILO-COM  
modern office



STILO-com, das neue modern office Programm:  
com = compact, combinerbar, communicativ.  
Alles Faktoren, die den Erfolg wirtschaftlicher Arbeit bestatigen.  
Lassen Sie sich durch einen Besuch bei uns überzeugen.

THONY  
office

FL-9494 Schaan  
Bahnhofstrasse 16  
Tel. 075/232 44 22